



Bürokratieabbau nicht weiter vertagen – Wirtschaft erwartet starkes Signal vom Europäischen Parlament

Gemeinsame Erklärung führender deutscher Wirtschaftsverbände Frankfurt/Berlin/Brüssel, Oktober 2025

Die deutschen Wirtschaftsverbände kritisieren die Entscheidung im letzten Plenum des Europäischen Parlaments, das JURI-Mandat für den Start der Trilogverhandlungen über das Omnibus-Paket I abzulehnen. Damit wird der dringend erwartete Bürokratieabbau in der Europäischen Union erneut verzögert – ein fatales Signal an die europäische Wirtschaft.

Die Unternehmen brauchen endlich **Planungssicherheit, praxistaugliche Regeln und eine Reduktion auf das Nötigste**. Statt – wie versprochen – Entlastung zu schaffen, werden nun bürokratische Überforderung und **Unsicherheit** noch einmal verlängert. Die Erwartung der Wirtschaft an die europäische Politik ist klar: **Bürokratieabbau darf kein Lippenbekenntnis bleiben**, sondern muss entschlossen umgesetzt werden.

Das Omnibus-Paket I galt bislang als zentraler Baustein, um die Überregulierung in der **Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD)** und der **Lieferkettenrichtlinie (CSDDD)** zu korrigieren. Diesen Anspruch darf der EU-Gesetzgeber jetzt nicht aufgeben. Beide Richtlinien führen in ihrer bisherigen Form zu einem massiven bürokratischen Aufwand, der insbesondere den Mittelstand, aber auch größere Unternehmen überfordert und Ressourcen bindet, die für Innovation und Investitionen fehlen.

Die Verbände fordern das **Europäische Parlament** auf, in der kommenden **Plenarsitzung im November** eine ambitionierte Position zu verabschieden, die den Weg für konstruktive Trilogverhandlungen freimacht, und damit **ein Signal der Verlässlichkeit und Handlungsfähigkeit** sendet.

Nur wenn die europäischen Institutionen gemeinsam handeln, kann der Turnaround bei der Regulierungsflut gelingen.

Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit müssen dabei zusammen gedacht werden. Eine starke Industrie ist die Grundlage dafür, dass Europa seine Klima- und Sozialziele erreicht und zugleich wettbewerbsfähig bleibt.

Europa muss jetzt zeigen, dass es ihm ernst ist, den Bürokratieabbau nachhaltig anzugehen.